NORDAMERIKA 11.06.2026 | Antonia Herzinger

Gezinkte Karten

Trump lässt Wahlkreise neu zuschneiden, um seine Mehrheit zu retten. Doch ob der Plan aufgeht, ist mehr als fraglich.

Die Republikaner scheinen den Wettlauf um neue Wahlkreisziehungen – in den USA mittlerweile als Gerrymander-Krieg bezeichnet – zu gewinnen. Chancen auf bis zu 16 zusätzliche Sitze im Repräsentantenhaus konnte sich die Partei von Präsident Donald Trump auf sein Geheiß seit letztem Jahr zurechtschustern. Auf Seiten der Demokraten sind es bisher nur sechs mögliche neue Sitze. Es sieht also ganz danach aus, als würde Trump einmal mehr mit voller Macht seinen Willen durchsetzen.

Doch ob sich dieser vermeintliche Vorteil tatsächlich auszahlt, ist alles andere als sicher. Denn dieser verzweifelte Versuch, trotz rekordniedriger Zustimmungswerte die Mehrheiten im Kongress zu halten, ist kein republikanischer Masterplan, sondern ein riskanter Schachzug mit ungewissem Ausgang.

Regulär werden die Wahlkreise in den USA etwa alle zehn Jahre nach der nationalen Volkszählung neu zugeschnitten. Die letzte wurde 2020 durchgeführt. Den Parteien ist es dann erlaubt, auf Grundlage der Zensusdaten die Stimmkreise zum eigenen Vorteil aufzuteilen. Diesen Vorgang nennen die Amerikaner „Gerrymandering“, seit Governor Elbridge Gerry im Bundesstaat Massachusetts 1812 einen Wahlkreis derart abstrus zuschneiden ließ, dass er auf der Karte der Form eines Salamanders ähnelte. Aus Gerry und Salamander wurde „Gerrymander“. Dieses taktische Zuschneiden der Wahlkreise hat lange Tradition in den USA. Außergewöhnlich ist jetzt, dass Republikaner und – darauf reagierend – auch Demokraten mitten im Jahrzehnt „gerrymandern“, und das in einem bisher nicht dagewesenen Ausmaß.

Trump behauptet, ihm stünden aus einigen Staaten schlichtweg mehr republikanische Repräsentanten zu, weil ihn 2024 entsprechend viele Menschen dort gewählt hätten. Das ist nicht nur demokratietheoretisch und in den meisten Fällen zudem rechnerisch falsch, sondern vor allem nicht der wahre Grund.

Der Präsident will dringend verhindern, die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus zu verlieren. „Ihr müsst die Zwischenwahlen gewinnen. Wenn wir die Zwischenwahlen nicht gewinnen, werde ich des Amtes enthoben“, sagte er im Januar bei einer Parteiveranstaltung. Denn eine demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus könnte ein Amtsenthebungsverfahren einleiten. Für eine tatsächliche Amtsenthebung bräuchte es jedoch anschließend eine Zweidrittelmehrheit im Senat.

Das ist keine souveräne Machtausübung, sondern ein Akt der Verzweiflung.

Deshalb drängt Trump seit dem Sommer 2025 republikanisch regierte Bundesstaaten dazu, ihm außerhalb des zehnjährigen Turnus durch parteiliches Gerrymandering einen Vorteil zu verschaffen. Das ist keine souveräne Machtausübung, sondern ein Akt der Verzweiflung. Denn er und seine Getreuen haben erkannt, dass sie angesichts ihrer auch für die eigenen Wähler enttäuschenden Politik kaum eine andere Möglichkeit haben, die Mehrheit auch nur annähernd zu halten.

Bisher liegen die Republikaner im Kampf um die Wahlkreise deutlich vorn. Das kann sich jedoch ändern. Aus ihrer Verzweiflung heraus schöpfen sie jetzt vor den Zwischenwahlen ihr Potenzial weitgehend aus. Nur in vereinzelten Staaten wie Indiana und South Carolina weigern sich die Republikaner bisher noch. In sieben anderen Staaten wiederum ist der Gerrymander-Krieg in vollem Gange. Möglich war das nicht nur wegen des Supreme-Court-Urteils, das Ende April 2026 eine Vorkehrung aus dem *Voting Rights Act* gegen rassistische Wahlkreiszuschnitte für verfassungswidrig erklärte und damit vor allem konservativen Südstaaten die Bahn frei machte für längst geplante neue Stimmbezirke.

Weiter spielt den Republikanern aktuell noch in die Karten, dass in den meisten von ihnen kontrollierten Bundesstaaten die Parlamente und Regierungen neue Wahlkreiskarten einfach verabschieden können. In den meisten demokratisch regierten Staaten wiederum wurden in den vergangenen Jahren politische und legislative Hürden aufgebaut, um parteiliches Gerrymandering zu verhindern.

Barack Obama führte jahrelang Kampagnen gegen die Praxis, weil sie aus seiner Sicht undemokratisch sei und die Polarisierung im Land verstärke. Staaten wie Kalifornien und Virginia richteten aus denselben Gründen unabhängige Kommissionen für unparteiliche Wahlkreisneuordnungen ein. Die Demokraten müssen jetzt also nicht nur eine politisch-

argumentative 180-Grad-Wende hinlegen, sondern beispielsweise durch aufwendige Volksabstimmungen erst kürzlich erlassene Regeln umgehen. Deshalb können sie ihr Potenzial bei der schnellen Änderung der Wahlkreiszuschnitte bisher nicht annähernd ausschöpfen.

Der Gouverneur von Kalifornien, Gavin Newsom, hat sich als erster Demokrat schon letztes Jahr dazu entschieden, „Feuer mit Feuer zu bekämpfen“, nachdem sich die Republikaner in Texas fünf zusätzliche Sitze zurechtgeschnitten hatten. Newsom ließ die Bürger über eine neue kalifornische Wahlkreiskarte abstimmen, die den Demokraten ihrerseits fünf Extrasitze bescheren soll.

Weitere demokratische Staaten erklärten sich anschließend zwar ebenfalls zum Kampf bereit, scheiterten bisher allerdings an den selbst aufgestellten Hürden. Nur in Utah konnten Demokraten einen weiteren Sitz erkämpfen. In Virginia wird die neue Wahlkreiskarte, der wie in Kalifornien die Bürger in einem Referendum zugestimmt hatten, aus „verfahrensrechtlichen Gründen“ vom Landesverfassungsgericht zurückgehalten. Das heißt allerdings nicht, dass die Karte nicht zu einem späteren Zeitpunkt genehmigt werden könnte.

Trumps Priorität ist es, seine Macht zu sichern und auch in den kommenden zwei Jahren möglichst unkontrolliert regieren zu können.

In New York und Colorado müssen gar die Verfassungen geändert werden, um parteiliches Gerrymandering wieder zu ermöglichen. Das ist vor den Zwischenwahlen nicht mehr möglich, bis 2028 aber sehr wohl. New York bereitet sich bereits jetzt darauf vor. Bisher können die Demokraten in diesem Wettrennen also nicht mithalten. Aber dass sie nachziehen werden, ist nur eine Frage der Zeit.

Doch selbst unabhängig davon, wie stark die Demokraten zurückschlagen, ist keineswegs ausgemacht, dass sich der republikanische Gerrymander-Krieg auszahlt.

Für die Republikaner besteht kurzfristig die Gefahr, dass die jetzt neu geschusterten Wahlkreise keine Erfolgsgaranten sind. Die neuen Stimmbezirke basieren auf den Zensusdaten von 2020. Die Informationen über die Zusammensetzung der Bevölkerung sind damit bereits mehrere Jahre alt. Wer Wahlkreise möglichst präzise auf die erwartete Wählerschaft zuschneiden will, arbeitet also mit einer zunehmend unsicheren Datengrundlage.

Die Republikaner verlassen sich bei ihren Berechnungen zudem auf Wählergruppen, deren Unterstützung keineswegs garantiert ist. Trotz

der niedrigen Umfragewerte rechnen sie auch in den neu gezogenen Wahlkreisen in Texas und Florida mit weiterhin starker Unterstützung durch die Latinos. Diese wählen traditionell eher demokratisch, haben zuletzt aber verstärkt Donald Trump ihre Stimme gegeben.

Aktuelle Umfragen zeigen allerdings, wie sehr der Präsident während seiner zweiten Amtszeit an Unterstützung bei Latinos verliert. Im Februar 2025 waren es noch 36 Prozent, jetzt sind es nur noch 22 Prozent, die ihm zustimmen. Unter den Latinos, die Trump 2024 tatsächlich gewählt hatten, sank die Zustimmung im selben Zeitraum von 93 auf 66 Prozent. Nun wird diesen November zwar nicht der Präsident gewählt, die Unzufriedenheit wird sich aber auch in den Wahlergebnissen bezüglich der Sitze im Repräsentantenhaus widerspiegeln. Auf die Stimmen der Latinos in Texas und Florida können sich die Republikaner also eigentlich nicht verlassen.

Dabei wären genaue Kenntnisse über die Zusammensetzung der Wählerschaft und über ihr erwartetes Wahlverhalten gerade bei derart exzessivem Gerrymandering besonders wichtig. Denn je stärker eine Partei ihre potenziellen Wähler auf möglichst viele Wahlbezirke aufteilt, desto kompetitiver können die Wahlen dort werden. Dafür gibt es einen eigenen Begriff. Der Politikwissenschaftler Thomas Brunell nennt dieses überstürzte und gierige Vorgehen, das einer Partei sogar schaden kann, „Dummymander“.

Die Republikaner unter Trump gehen diese Risiken aber nicht ein, weil sie „dumm“ sind und nichts von Zahlen oder Wahlkreiszuschnitten verstehen. Die Partei richtet sich mehr und mehr darauf aus, in erster Linie ihrem Präsidenten zu dienen, und geht dafür eben Risiken ein. Trumps Priorität ist es, seine Macht zu sichern und auch in den kommenden zwei Jahren möglichst unkontrolliert regieren zu können.

Dabei ist derzeit nicht einmal sicher, ob sich der Gerrymander-Krieg bei den Zwischenwahlen auszahlen wird, selbst wenn alle neuen Wahlkreise von Republikanern gewonnen werden sollten. Denn die Demokraten haben gute Chancen, aufgrund der miserablen Performance der Administration und der weit verbreiteten Abneigung gegenüber dem Präsidenten mehr Sitze im Repräsentantenhaus hinzuzugewinnen, als sich die Republikaner durch neue Wahlkreisgrenzen sichern können. Die Republikaner mögen im Gerrymander-Krieg derzeit vorne liegen. Ob sie ihn am Ende auch gewinnen, ist damit noch lange nicht entschieden.



Antonia Herzinger

Washington, D.C.

Antonia Herzinger arbeitet im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington, D.C. Sie hat Politikwissenschaft und Amerikanistik an der Universität Regensburg studiert. Parallel zum Studium absolvierte sie ein Volontariat bei der Mediengruppe Bayern.